



Änderungsantrag

der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Abgeordneten des SSW

zu Drs. 18/515 Antrag der Fraktion der FDP: EEG anpassen, Stromsteuer senken – Bürger entlasten

EEG erhalten – Haushalte entlasten

Der Landtag wolle beschließen:

Das EEG hat bisher erfolgreich dazu beigetragen, dass sich der Anteil der erneuerbaren Energien am Stromverbrauch auf 27 Prozent gesteigert hat. Sowohl die gesetzlich fest gesetzten Vergütungssätze als auch die vorrangige Abnahmepflicht für regenerativ gewonnenen Strom schaffen Planungs- und Investitionssicherheit und tragen dazu bei, dass die Energiewende in Deutschland gelingt.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag spricht sich grundsätzlich für den Erhalt des EEG, insbesondere den darin verankerten Vorrang erneuerbarer Energien aus. Kurzfristige Anpassungen sollten dazu beitragen, die Steigerung bei den Strompreisen aufzuhalten, dürfen aber nicht zu Lasten der Energiewende gehen, die Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze schafft.

Um eine Entlastung der Privathaushalte und der kleinen und mittleren Unternehmen beim Strompreis zu erlangen, fordert der Landtag die Landesregierung insbesondere auf, sich im Bund dafür einzusetzen, dass

- die Grundlagen für die Berechnung der EEG-Umlage überarbeitet werden,
- die Bedingungen für EEG-Umlagebefreiungen für stromintensive Unternehmen wieder dahingehend geändert werden, dass wie ursprünglich vorgesehen, nur diejenigen Unternehmen befreit oder teilweise befreit werden, die tatsächlich energieintensiv sind und sich dem internationalen Wettbewerb stellen müssen,
- die Vorteile aus sinkenden Börsenpreisen durch die erneuerbaren Energien nicht alleine bei davon profitierenden Unternehmen, die selbst keine erneuerbaren Energien produzieren, verbleiben. Auch die Stromkunden müssen davon profitieren,
- Regelungen entwickelt werden, die einkommensschwache Haushalte entlasten,

- für alle Haushalte Aufklärung und Anreize für Stromeinsparungen gegeben werden.

Olaf Schulze
und Fraktion

Detlef Matthiessen
und Fraktion

Flemming Meyer
und die Abgeordneten des SSW